

Wilsdruffer Tageblatt

Früher: Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Fernruf Wilsdruff 6 / Postcheck Dresden 2640

Druckzeit bis auf weiteres nur Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis pro Exemplar bei Abnahme von 1000 Stück 1.20 Mark, bei 5000 Stück 1.00 Mark, bei 10000 Stück 0.80 Mark, bei 20000 Stück 0.60 Mark, bei 50000 Stück 0.40 Mark, bei 100000 Stück 0.30 Mark. Die Postgebühren sind in den Preisen inbegriffen. Die Postämter sind verpflichtet, die Zeitungen zu den angegebenen Preisen zu liefern. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Abonnementpreise: Die 6 getragene Nummer zu 20 Pfennig, die 3 getragene Nummer zu 40 Pfennig, die 12 getragene Nummer zu 1.20 Mark, die 24 getragene Nummer zu 2.40 Mark, die 48 getragene Nummer zu 4.80 Mark, die 96 getragene Nummer zu 9.60 Mark, die 192 getragene Nummer zu 19.20 Mark. Die 3 getragene Nummer im letzten Teile der Zeitung 20 Pfennig. Nachzahlungsgebühr 20 Pfennig. Verlagsdirektor: Dr. Kurt Sorge. Druckerei: Wilsdruff. Verantwortlich: Dr. Kurt Sorge. Redaktion: Wilsdruff. Druck: Wilsdruff. Vertrieb: Wilsdruff. Postamt: Wilsdruff. Fernruf: Wilsdruff 6. Postcheck: Dresden 2640.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts u. Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Roffen.

Nr. 145 — 1923 — 82. Jahrgang.

Dienstag / Mittwoch 11. / 12. Dezember

Eisenbahn-Abkommen.

Die am 1. Dezember in Mainz unterzeichnete Niederschrift über die Verhandlungen zwischen der deutschen Eisenbahnverwaltung und der Rheinischen (französisch-belgischen) Eisenbahnregie hat die Genehmigung des Reichs gefunden.

Nur bis Ham gilt die deutsche Mark, dort beginnt — Frankreich. Wir sprechen und sprachen in der Politik zu oft das Wort „niemals“ aus. Hinterher, wenn der Feind uns auf die Folter spannte, uns die Glieder rechte, dann kam aus des gequälten Deutschlands schmerzverzerrtem Munde doch immer wieder das „Ja!“ Niemals wollten wir französische Hoheitsrechte auf deutschem Gebiet anerkennen, soweit sie nicht durch den Versailler Vertrag festgelegt waren — im Vertrag mit der französischen Eisenbahnregie tun wir es doch. Wir finden uns ab mit der Gewalt, die am 12. Januar ihren Anfang nahm, wir sanktionieren diese Gewalt, machen sie zum Recht Frankreichs. Wir unterschreiben einen neuen Zwangsvertrag, doch nur mit einer Macht, die mit ihren Waffen, unbehindert durch andere, die Durchführung des Vertrages erzwingen wird.

Die Produktion ist von den Franzosen durch das Abkommen mit den Franzosen unter wirksamer Kontrolle gestellt worden, jetzt geschieht durch das Mainz-Abkommen dasselbe mit den Verkehrsmitteln im besetzten Gebiet. Natürlich hat man uns allerhand zugestanden, so, daß die Regie nur noch deutsche Beamte einstellen, daß das vorhandene Material deutsches Eigentum bleiben soll; dafür erhält die Regie aber alle Lokomotiven zurück, die wir im Januar noch vor dem Zugriff der Franzosen reiten konnten. Zwar soll die Regie die Gleisanlagen wiederherstellen, die von den Franzosen im Ruhrgebiet zerstört worden sind, aber wir liefern das Reparaturmaterial dazu.

Der Betrieb wird scharf getrennt geführt, bei Ham hört die deutsche Eisenbahnverwaltung auf. Dort liegt Deutschlands Grenze. Für Personen und für Frachtgüter gelten deutsche Fahrkarten nur bis zu den „Grenzstationen“, dann müssen neue gelöst werden gegen Zahlung von Franz. Befahrungsmittel muß man dort auch Pässe vorzeigen, muß man für die Güter Ausfuhr- und Einfuhrbescheinigungen haben, muß Zoll gezahlt werden — kurz, es ist genau so wie in Birballen oder — lang, lang ist's berl — in Deutsch-Avrincourt an der elssässisch-französischen Grenze.

Wieviele Beamte und Arbeiter die Regie einstellen will, bleibt ihr überlassen; viele werden im unbesetzten Deutschland untergebracht werden müssen; bis dahin zählt das Reich die Unterstützung. Nicht aber für die zahlreichen Eisenbahnarbeiter, dafür ist kein Geld mehr da. Wenigstens hat man uns die Eisenbahnwerkstätten in Limburg und Dortmund wieder zurückgegeben, die andern, im besetzten Gebiet gelegenen, bleiben in französischer Regie, die sie übrigens größtenteils französischen Privatfirmen überantwortet hat. Und einige wichtige Linien hat man uns auch gelassen, so die Strecke von Münster über Wesel nach Holland und die von Frankfurt nach Mannheim und einige andere. Kompliziert wird diese „den Verkehr dienende“ Organisation aber noch dadurch, daß sich die Engländer in der Kölner Zone diesen Abmachungen nicht angeschlossen haben, daß also dieses Gebiet der deutschen Eisenbahnverwaltung untersteht. — Wenn der Verkehrsminister Dörfel von einer „Balkanisierung“ des deutschen Eisenbahnsystems im Westen sprach, so hat er wirklich recht. Er hätte aber hinzufügen müssen, daß es von den Franzosen politisch gemeint, daß es eine „Lunifizierung“, also eine allmähliche „friedliche“ Eroberung eines fremden Gebietes ist.

Gegenüber diesem „Verkehrsseparatismus“ des besetzten Gebietes ist es zu begrüßen, daß das Reich sich wenigstens energisch gegen die währungsseparatistischen Pläne wendet. Unter keinen Umständen soll durch die von gewissen Kreisen hartnäckig erstrebte rheinische Goldwährungsbank genehmigt werden, die eine währungs-politische Trennung der beiden Gebiete bedeuten würde. Das darf nicht sein; durch den Industrievertrag und durch das Abkommen mit der Regie ist diese Grenze schon so scharf gezogen worden, daß nur die Notwendigkeit, das nackte Dasein zu erhalten, unsere Zugeständnisse notwendig rechtfertigen können. Aber nur dies. Mehr nicht. Dr. Pr.

Deutsche Voraussetzungen.

In einem Schreiben an die französisch-belgische Eisenbahnregie hat der Reichsverkehrsminister ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die getroffene Regelung nur in der Erwartung möglich erscheint, daß nunmehr zugunsten der Eingekerkerten vor der Begnadigung großmütig Gebrauch gemacht wird, und daß die Ausgewiesenen in ihre Heimat erhalten. Außerdem wird die Forderung nicht aufgegeben, daß die Reichsbahnverwaltung in keiner Weise gehindert wird, dem im besetzten Gebiet wohnenden von der Regie nicht eingestellten Eisenbahnpersonal die zu leistenden Gehaltsanteile anzuzahlen.

Weitere Senkung des Brotpreises in Berlin.

Berlin, 8. Dezember. Die Berliner Bäckereipolizei hat im Verlaufe des gestrigen Tages langwierige Verhandlungen mit den verschiedenen Gruppen des Mehl- und Getreidehandels geführt, in deren Verlauf die Gewinnspanne der Mehlhändler von 18 auf 13 1/2 Prozent herabgesetzt wurde. Weiter wurde der Brotpreis auf 72 Goldpfennig ab 8. Dezember festgesetzt, gegenüber 78 Pfennig für helles und 74 Goldpfennig für dunkles Brot zuvor.

Verrätereien in der Pfalz.

Ludwigshafen a. Rh. Am Freitag, 30. Nov., fanden in Ludwigshafen und Kaiserslautern Besprechungen der Sozialdemokratischen Partei statt, die sich mit neuen hochverräterischen Plänen Hoffmanns beschäftigten. Den Beratungen lag folgender Vorschlag zugrunde:

Das pfälzische Gebiet südlich der Queich soll zum Elsaß geschlagen werden. Das pfälzische (bzw. belgische) Gebiet nördlich der Queich bis Mainz soll einen autonomen Staat mit der Hauptstadt Mainz bilden. Johannes Hoffmann ist bereit, in diesem Staate die Regierung zu übernehmen. Die Sozialdemokraten von Pirmasens, Landau und der Vorderpfalz haben sich „größtenteils“ geweigert, mitzumachen.

Dr. Sorge legt den Vorschlag nieder.

Berlin, 8. Dezember. Wie berichtet wird, hat Dr.-Ing. Kurt Sorge, Mitglied des Direktoriums der Firma Krupp, der bisher in seiner Person den Vorsitz des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände vereinigte, den Vorsitz der Vereinigung mit Wirkung vom 1. Januar kommenden Jahres ab niedergelegt.

Verbot des „Miesbacher Anzeigers“.

München, 8. Dezember. Das Erscheinen des „Miesbacher Anzeigers“ ist wegen zweier Artikel: „Am die Staatsführung“ und „An die Ministermacht“ auf drei Tage verboten worden.

Hungernde in Deutschland.

Berlin, 9. Dezember. Gestern fand in Berlin ein Kongreß internationaler Vereinigungen, wie des Roten Kreuzes, der Quäker, der Heilsarmee usw. statt, der sich mit dem furchtbaren Wüten des Hungers in Deutschland und den Mitteln und Wegen zu seiner Bekämpfung befaßte. Einer der zahlreichen Redner wies mit Recht darauf hin, daß der Hunger in

Deutschland sich von dem, der die Wolgagebiete in Rußland verdrängen ließ, in nichts unterscheidet. Der einzige Unterschied besteht vielleicht darin, daß in Deutschland das Elend kultivierter einbrechere, als in den Staaten niederer Zivilisation. Prozentual sei der Kreis der Hungernden in Deutschland aber größer, als der in den Wolgagebieten es war. Der Redner wies auch auf die fast ungläubliche Tatsache hin, daß das imperialistische Amerika, das seinerzeit dem bolschewistischen Rußland Getreide zugeführt hat, sich heute weigert, Getreide nach Deutschland zu bringen, weil hier angeblich genügend Lebensmittel vorhanden seien. In einer Entschliebung wurde dann zum Ausdruck gebracht, daß nur eine Hilfsaktion, getragen von allen Bevölkerungsgruppen des In- und Auslandes, unterstützt mit allen staatlichen Mitteln, imstande sei, den drohenden Untergang zahlloser deutscher Menschen zu verhindern. Die Not in Deutschland verpflichte alle noch menschlich denkenden zur höchsten Hilfsbereitschaft, zur schnellen rettenden Tat.

Liebmanns Bepfehlung der Reichswehr

Eine Erklärung des Wehrkreiskommandos.

Das Wehrkreiskommando sieht sich veranlaßt, zu der Erwiderung des Ministers Liebmann auf die Enthüllungen über die Überwachung der Reichswehr wie folgt Stellung zu nehmen: Es ist nicht zutreffend, wenn Minister Liebmann behauptet, daß alles das, was in dem Artikel der „A. N. N.“ über die Bepfehlung der Reichswehr durch Beamte der sächsischen Regierung behauptet wird, am 30. Mai d. Js. von der sächsischen Regierung mit Reichswehrminister Gehler und General Müller samt seinem Stabe besprochen und daß auch nachher zwischen der sächsischen Regierung und der Reichswehr über diese Beobachtungen mehrfach verhandelt worden sei. Der Verdacht der Überwachung durch die sächsische Regierung bestand auf Grund besonderer Wahrnehmungen bei der Reichswehr allerdings schon lange. Als gelegentlich der vom Minister Liebmann erwähnten Besprechung diesem Verdacht der Bepfehlung durch die Regierung seitens der Reichswehr Ausdruck gegeben wurde, hat Ministerpräsident Seigner erklärt, daß er eine Bepfehlung der Reichswehr nicht angeordnet habe und davon auch nichts wisse. Minister Liebmann hat sich — obgleich er bei der Besprechung mit anwesend war — zu dieser Frage überhaupt nicht geäußert. — Hätte das Wehrkreiskommando von der Art und Weise und dem Umfange dieser Spionagetätigkeit seitens der sächsischen Regierung, die erst jetzt zu seiner Kenntnis gekommen ist, schon früher eine Ahnung gehabt, so würde es bei der Reichsregierung sofort die nötigen Schritte gegen die sächsische Regierung veranlaßt haben. — Im übrigen sei festgestellt, daß die Spionagetätigkeit der sächsischen Regierung sich auch nach der vom Minister Liebmann erwähnten Besprechung nachweisbar bis Ende Oktober 1923 weiter erstreckt hat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Das Grundgesetzgesetz wurde im Reichstage mit 313 gegen 18 Stimmen angenommen.
* Sämtliche Staatssekretäre haben bei der Reichsregierung die Erhöhung der Beamteneinkünfte beantragt.

Der Wahlausfall in England.

Baldwins Rücktritt erwartet.

Die außerordentliche Niederlage der bisher führenden konservativen Partei bei den Neuwahlen zum Parlament wird starke Veränderungen der inneren politischen Einstellung im Gefolge haben. Alle noch verspart einlaufenden Wahlergebnisse bestätigen den ersten Eindruck über das Vordringen der Liberalen und der Arbeiterpartei. Keine von ihnen erreicht zwar die Anzahl der konservativen Sitze, beide zusammen überflügeln diese aber ganz gewaltig.

Man rechnet, wenn auch einige Sitze noch ausstehen, mit etwa 235 Konservativen, 150 Liberalen, 195 Arbeiterpartei, d. h. die Konservativen sind von einer Majorität von 80 über beide Gegnerparteien auf eine Minderheit von etwa 90 gegen diese beiden herabgesunken. Das ergibt eine in England noch nicht dagewesene politische Lage, da keine der drei Parteien allein für sich eine Mehrheitsregierung bilden kann. Die scharfen Meinungsverschiedenheiten zwischen ihnen machen aber eine Koalition ungenießbar. Vielfach glaubt man, daß die neue Regierung sich aus einer Vereinigung von Konservativen und Liberalen bilden wird. Baldwin's, des bisherigen Premierministers und konservativen Führers, Rücktritt ist sicher.

Einstweilen werden die wildesten Vermutungen in liberalen Kreisen über den wahrscheinlichen Verlauf der Ereignisse laut. In gewissen Kreisen wird vorgeschlagen, das gegenwärtige Kabinett solle umgebildet werden und mit Zustimmung der Liberalen im Amt bleiben, es wird aber auch vorausgesetzt, daß im Falle eines Rücktritts Baldwin's der Arbeiterführer Ramsay MacDonald aufgefordert werden wird, das Ministerium zu bilden. Andererseits wird die Ansicht vertreten, daß unverzüglich an die Liberalen Asquith und Lloyd George herangerufen werden solle, um eine konservativ-liberale Koalition als Grundlage der neuen Regierung zu schaffen.

Lebensmittellkredite für Deutschland.

Englische und amerikanische.

Aus London wird gemeldet, daß nichtamtliche Verhandlungen zwischen Londoner Banken und deutschen Finanzleuten eingeleitet worden seien über eine Beteiligung des Londoner Marktes an einer deutschen Nahrungsmittellkreditlinie. Man nimmt an, daß, wenn die Beteiligung Englands zustande kommt, ein Teil der deutschen Nahrungsmittellkredite in England erfolgen werde. Es soll sich um mehrere hunderttausend Dollar handeln.

Der amerikanische Präsident Coolidge soll die Ansicht geäußert haben, daß eine an Deutschland zu gewährende Hilfe sich mehr auf geschäftlicher Grundlage als auf der der Wohltätigkeit zu bewegen hätte. Aus dieser Äußerung wird geschlossen, daß Coolidge zurzeit das im Senat eingebrachte Gesetz über die Gewährung einer Anleihe von 20 Millionen Dollar zur Unterstützung Deutschlands nicht beantragt.